

Die Fragen stellte Jan Busse, 31, Politikwissenschaftler, Doktorand

Jan Busse:

Frau Bundeskanzlerin, der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, sagte letzte Woche vor der Knesset: „Ohne Frieden wird es keine Sicherheit geben.“ Was bedeutet Ihre Aussage, die Sicherheit Israels sei Teil deutscher Staatsräson, vor diesem Hintergrund?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, meine Aussage bedeutet, dass ich der Meinung bin, dass wir einmal aus der Geschichte heraus gegenüber dem Staat Israel verpflichtet sind. Denn die Schoah war etwas, was einzigartig ist und was uns dazu aufruft, immer wieder auch die Lehren aus dieser Geschichte zu ziehen. Und dazu gehört für mich unmittelbar, dass das Recht des Staates Israel auf seine Existenz für Deutschland Staatsräson ist.

Zweitens, und genauso wichtig ist aber, dass wir mit Israel die Vorstellungen von Werten gemeinsam haben. Israel ist eine Demokratie, und aus dieser Tatsache heraus haben wir auch mit Israel sehr enge Beziehungen, wie sich zum Beispiel auch an den Deutsch-Israelischen Regierungskonsultationen zeigt. Und deshalb ist es auch eine Gemeinsamkeit von demokratischen Staaten: zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel.

Vor dem Hintergrund, dass viele Beobachter den Oslo-Friedensprozess als gescheitert betrachten: Wäre ein erneutes Übergangsabkommen als Folge aus den aktuellen Verhandlungen ein Erfolg?

Ja, sicherlich. Es wäre nicht nur ein Erfolg, sondern aus meiner Sicht wäre es auch außerordentlich zu begrüßen, weil ich glaube, dass weder Israel noch die palästinensischen Gebiete ohne ein solches Abkommen eine gedeihliche Zukunft haben werden. Das heißt, es ist im beiderseitigen Interesse. Und deshalb unterstützen wir auch die Bemühungen des amerikanischen Außenministers Kerry. Und ich werde natürlich meinen Aufenthalt in Israel auch dazu nutzen, mit dem israelischen Premierminister darüber zu sprechen, was noch an Hürden für einen solchen Prozess auf dem Wege liegt. Wir brauchen schnellstmöglich eine stabile Zweistaatenlösung mit einem jüdischen Staat Israel und gleichzeitig auch eine Staatlichkeit der Palästinenser, und ich glaube, wir sollten, soweit wir als Freunde hier auch hilfreich sein können, alles tun, um die Bemühungen des Außenministers Kerry zusammen mit seinen Verhandlungspartnern im Nahen Osten zu unterstützen.

Sie sagten es gerade: Die Bundesregierung bekennt sich ausdrücklich zu Israel als jüdischem Staat. Was bedeutet diese Aussage für die in Israel lebende Minderheit von 20 Prozent Palästinensern mit israelischer Staatsangehörigkeit?

Ich habe ja davon gesprochen, dass Israel eine Demokratie ist, und in einer Demokratie haben natürlich auch die Minderheiten die Rechte, die notwendig sind. Und deshalb geht es um ein gedeihliches Miteinander von der palästinensischen Minderheit mit der jüdischen Mehrheit. Und das sind allgemeine Prinzipien des Umgangs mit Minderheiten, die auch in Israel gelten.

Umfragen zeigen eine große Diskrepanz zwischen der Politik der Bundesregierung gegenüber dem Nahen Osten und der öffentlichen Meinung. Wie gehen Sie damit um, dass zum Beispiel eine große Mehrheit der Bevölkerung der Meinung ist, die Politik der Bundesregierung sei unausgewogen pro-israelisch?

Ich erläutere das immer wieder: Ich glaube, dass es für ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Israel sehr, sehr gute Gründe gibt; ich habe sie genannt. Es ist eine Zusammenarbeit von zwei demokratischen Staaten. Dennoch brauchen wir den Friedensprozess, denn solange wir hier keine Lösung haben, wird es auch immer wieder die Probleme geben, von denen wir ja leider so oft hören. Ich setze mich deshalb eben genauso dafür ein, dass die Palästinenser als Staat auch eine Existenzukunft haben, und deshalb geht es ja auch um eine Zweistaatenlösung in der gesamten Betrachtung. Es geht also darum, immer wieder mit den Menschen zu sprechen, mit den Menschen über unsere Geschichte zu sprechen, mit den Menschen aber auch über die Gegenwart zu sprechen. Und die Deutsch-Israelischen Regierungskonsultationen dienen dazu, hier auch einmal Zukunftsfragen miteinander zu besprechen; über den Jugendaustausch zu reden, über Entwicklungshilfeprojekte, die wir zu zweit, Israel und Deutschland, in afrikanischen Ländern machen – zum Beispiel zur Bewässerung von landwirtschaftlichen Flächen –, über wissenschaftliche Zusammenarbeit. All das trägt dazu bei, dass das Bild und die Wahrnehmung dessen, was in Israel als Lebenswirklichkeit existiert, auch in Deutschland besser werden. Und dafür zu werben, sehe ich als meine Aufgabe.